

5

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Adolfstr. 67, 65307 Bad Schwalbach

Herrn Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach


**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
RHEINGAU-TAUNUS

Kreistagsfraktion

Adolfstr. 67
65307 Bad Schwalbach
☎ 06124 / 720 060
✉ fraktion@gruene-rheingau-taunus.de

Bad Schwalbach, den 05.05.2025

Handwritten signature and number 515

Konkurrierender Hauptantrag:

Teilhabe an politischer Bildung und Zugang zu demokratischen Handlungs- und Entscheidungsszenarien (TOP III.6 /TO des KT am 06.05.2025)

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Stolz,

anbei ein konkurrierender Antrag zu dem o.g. Thema und dem eingebrachten Antrag DS XI/1306 (TOP III.6) mit der Bitte um Behandlung im nächsten Kreistag.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Felix Bleuel

Felix Bleuel
Fraktionsvorsitzender

Antrag:

1. Der Kreistag bestärkt alle weiterführenden Schulen darin, die Instrumente der Juniorwahl oder der U18-Wahl in Anspruch zu nehmen. Die Ergebnisse werden gemäß den in beiden Programmen jeweils getroffenen Regelungen veröffentlicht. Die darüber hinaus gehende Veröffentlichung von Ergebnissen einzelner Schulen und die Art und Weise der Nachbereitung der Wahlen liegt in der Verantwortung der Schulen.
2. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises unterstützt die Schulen bei ihrer Aufgabe, Kindern und Jugendlichen den Wert und Prozesse demokratischer Entscheidungen zu vermitteln und erlebbar zu machen. Wie diese Unterstützung gestaltet wird, wird als wiederkehrender TOP im Austausch zwischen dem Schulträger und Schulen sowie im Fachausschuss SBS des Kreistages beraten.

Begründung:

Politische Bildung ist als Pflichtaufgabe in den Lehrplänen der Schulen verankert.

Wahlsimulationen wie die Juniorwahl (kumulus e.V., Berlin) und die U18-Wahl (Jugendverbände / Landesjugendring Hessen) sind erwiesenermaßen wirksame Instrumente (Rahim Hajji u.a., Bereit für Politik ... Bereit zum Wählen ... Die (wahlbezogenen) politischen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in Berlin auf Basis des Juniorwahlreports 2021)). Als Planspiele regen sie die Auseinandersetzung mit den jeweils zur Debatte stehenden politischen Themen innerhalb der Schulgemeinde an und darüber hinaus innerhalb der Familien. Sie steigern die Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen. Dass dieses Potential seitens der Schulen erkannt wird, zeigen die steigenden Zahlen der teilnehmenden Schulen. Die Auswertung und Bewertung der Ergebnisse dieser Wahlsimulationen ist Gegenstand qualifizierter Bildungsforschung (s.o.). Sie liegt nicht in den Kompetenzen der Organe des Schulträgers. Ein oberflächlicher Umgang mit den Daten von teilnehmenden Schulen ist unangebracht. Das Instrument der Juniorwahlen bzw. U18-Wahlen weiterzuentwickeln, ist Aufgabe der Kultusministerien. Dazu gehört auch die Beantwortung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen die verpflichtende Veröffentlichung der Wahlergebnisse einzelner Schulen als sinnvoll und zielführend erachtet wird. Eine Rechtfertigungsverpflichtung der Schulen dem Kreis als Schulträger gegenüber ist unangemessen.

Den Schulen kommt eine zentrale Rolle in der Demokratiebildung zu. Planspiele wie die U18-Wahl und die Juniorwahl sind Maßnahmen, die erwiesenermaßen dazu beitragen. Zur politischen Bildung in der Schule gehören jedoch zahlreiche Handlungsfelder, die von der Demokratiebildung in einschlägigen Fächern (POWI, Geschichte) über Demokratiebildung als fächerübergreifendes Prinzip, der Einbeziehung außerschulischer Lernorte bis zur demokratischen Schulentwicklung und einer dafür erforderlichen Qualifizierung von Lehrkräften gehören (Ständige Wissenschaftliche Kommission der KMK, Stellungnahme „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung 2024). Hier sind Defizite und Handlungsbedarfe festgestellt worden, die weit über die Beteiligung an Wahlsimulationen hinausgehen.

Der Kreis hat diesbezüglich keine Fach- und Lenkungs- oder Kontrollkompetenz. Die Gemeinden und der Landkreis bieten sich jedoch den Schülerinnen und Schülern als kommunale Ebene als nahe liegende demokratische Handlungsfelder zur Erkundung von und Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen an.